

An die Badische Zeitung

www.badische-zeitung.de/freiburg und zur Sicherheit per Fax

Gundelfingen, 3.11.06

Betrifft: **Leserbrief zu „Eine Operation ohne Narkose“ von G.M. Kirk -BZ 2.11.06 S. 21**

Die Stadt kürzt nicht, sie führt ab Ende 2008 eine Amputation ohne Narkose und vor allem ohne sorgfältige Diagnose durch! Die von Bürgermeister. v. Kirchbach angekündigte „Kürzung“ im Bereich der Leistungen an freie Träger der sozialen Hilfe der Suchtberatung und Suchtprävention ist in Wahrheit gerade keine pauschale Kürzung von 10 % sondern die Einstellung der Förderung z. B. der seit 50 Jahren in Freiburg erfolgreich arbeitenden psychosozialen Beratungs- und Behandlungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme des Bad. Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation e. V.

Diese Einrichtung ist neben der von der Erzdiözese getragenen AGJ und der AWO (Schwerpunkt: illegale Drogen) seit 50 Jahren einer der quantitativ und qualitativ bedeutsamsten Träger der Suchthilfe, -Beratung und -Prävention in Stadt- u. Landkreis. Hier werden jedes Jahr über 700 Hilfesuchende betreut, davon ca. 75 % langfristig. 52 % der langfristig Betreuten kommen aus der Stadt Freiburg. Der b.l.v. e.V. blickt auf eine fast 100jährige erfolgreiche Geschichte in der Suchthilfe zurück und ist der größte Suchthilfeträger in Baden-Württemberg. Die Einstellung der Förderung gefährdet die ordnungsgemäße Versorgung im Suchtbereich. Das fördert menschliches Leid und erzeugt Folgekosten. Da die Stadt offenkundig die freiwerdenden Mittel einsparen will, werden die Zuschüsse anderer Träger nicht erhöht, also können diese auch nicht ihr Personal erweitern. Die AGJ hat schon im Juli 2005 ausdrücklich bestätigt, dass sie ohne Aufstockung der Mittel nicht die Aufgaben des b.l.v. mit übernehmen kann. Wie auch? - Suchtarbeit ist qualifizierte persönliche Beratungs- und Behandlungsdienstleistung. Für sie braucht man gut ausgebildete Menschen. Stadt und Landkreis weisen bereits jetzt eine unterdurchschnittliche Versorgung auf. Es ist unter Fachleuten auch außer Streit, dass es in dieser sensiblen Hilfeleistung und der zunehmend multikonfessionellen Gesellschaft mehrerer Behandlungseinrichtungen bedarf, vor allem auch eines laizistischen, also eines explizit überkonfessionellen beratenden Trägers. Ausgerechnet dieser soll ausgehungert werden! - Die Stadt vergisst offenkundig auch ihre eigenen Konzepte und Zusagen. Bereits ab 2005 wurden die Zuschussmittel, die bis dahin seit Jahren an den jetzt leider aufgelösten Landeswohlfahrtsverband gezahlt und dann an die Leistungsträger weitergeleitet wurden, erheblich gekürzt und zusammen mit den Landkreisen der Region ein Konzept entwickelt, welches Suchtprävention und Suchtberatung in qualitativ ordentlicher Weise und ohne Doppelstrukturen gewährleisten sollte. Die Beratungsstellen, auch der b.l.v., mussten sich auf das gekürzte Fördervolumen einstellen und haben Personal entlassen müssen. Zugleich haben sie sich seit 2004 erfolgreich bemüht, durch Generierung eigener Mittel und Spenden, die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Die Beratungsstelle des b.l.v. hat nunmehr einen Förderverein, sie hat ihren Stamm qualifizierter ehrenamtlicher Mitarbeiter ausgebaut und geschult. So sind heute 15 ehrenamtliche Mitarbeiter im Zusammenwirken mit 5 hauptamtl. therapeutisch tätigen Mitarbeitern beschäftigt. Die Stadt und der Landkreis haben andererseits eine langfristige Sicherung der Förderung in Aussicht gestellt. Alles Makulatur! Wenn denn schon lt. v. Kirchbach „hohes ehrenamtliches Engagement und gewachsene Strukturen „erhaltenswürdig sind, dann ist die Einstellung der Förderung der Beratungsstelle ein Fehlgriff

Das alles weiß die Leitung des Sozialamts und Herr v. Kirchbach. Man fragt sich warum nicht zuerst diagnostiziert und dann operiert wird. -- Wir hoffen, dass der Sozialausschuss und der Gemeinderat den Operateuren das Skalpell entwenden und sich gegen die Amputation ohne vorherige Diagnose aussprechen werden.

Jochen Kremp VRLAG a.D., 1. Vors. des Fördervereins f. Suchtberatung und Prävention e.V.

